

/// Vergebliche Hoffnung auf Frieden

## DIE IRAKISCHE MOSSUL-OFFENSIVE

**WILFRIED BUCHTA** /// Seit Oktober 2016 läuft eine Großoffensive zur Rückeroberung von Mossul, die letzte Großbastion des Islamischen Staats (IS) im Irak. Alles deutet auf lange, komplizierte und verlustreiche Kämpfe hin. Zwar dürfte der IS vermutlich am Ende Mossul verlieren, doch drohen die unaufhebbaren Interessengegensätze zwischen den verbündeten, aber latent verfeindeten IS-Gegner „am Tage danach“ in eine offene Konflikteskalation zu münden. Hoffnungen auf eine nachfolgende Stabilisierung des Irak sind daher trügerisch.

### Die irakische Anti-IS-Allianz

Am 18. Oktober 2016 verkündete Iraks Ministerpräsident Haidar al-Abadi den Beginn der Mossul-Offensive. Die Anti-IS-Streitmacht besteht aus drei Komponenten: erstens aus Einheiten der regulären irakischen Armee und Sonder-Antiterrorereinheiten der Polizei der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad, zweitens aus Bagdads Schiitenmilizen und drittens aus den im Norden und Osten gegen Mossul vorrückenden kurdischen Peshmerga-Kräften der Autonomieregion Irakisch-Kurdistan (KRG) in Erbil. Wichtig zu wissen: Zwar sind Bagdads schiitisch dominierte Regierung und die KRG militärisch derzeit Bündnispartner, abgesehen von der gemeinsamen Gegnerschaft zu ihrem Todfeind, dem IS, verbindet die Führungen in Bagdad und Erbil jedoch nur noch wenig. Denn die KRG, die seit Annahme der neuen irakischen Verfas-

sung im Oktober 2005 verbriefte weitreichende Autonomierechte, inklusive einer eigenen Armee (Peshmerga), Verfassung, Parlament und eigenem ausschließlich Kurdisch sprachigen Schul- und Universitätswesen hat, strebt immer vehementer die vollkommene Unabhängigkeit an. Insgesamt stellen die von Süden und Südwesten vorstoßenden Armee- und Polizeikräfte Bagdads

**Ende Oktober 2016 begann die Anti-IS-Streitmacht mit der RÜCKEROBERUNG der letzten IS-Großbastion Mossul.**

mit 40.000 Mann den Löwenanteil der Kämpfer. Unterstützt wird deren Offensive durch sunnitische Stammeskämpfer und Einheiten der internationalen, von den USA angeführten Anti-IS-Koalition, insbesondere der im Irak auf



**Eine Rückeroberung Mossuls und die Vertreibung des IS bedeuten nicht automatisch eine Befriedung der Region. Die Interessengegensätze der Anti-IS-Allianz sind zu groß.**

4.500 Mann aufgestockten US-Militärberater.

Der Verlust der ehemaligen Zwei-Millionenstadt würde dem Prestige des IS, das er bei den Dschihadisten in Nahost wie auch bei seinen Sympathisanten in Europa genießt, schweren Schaden zufügen. Schließlich war es doch Mossul, in der Abu Bakr al-Baghdadi, der IS-Führer, im Juni 2014 sein Kalifat, das auf eigener Territorialbasis fußte, öffentlich ausgerufen hatte. Mossul steht als Symbol für den Aufstieg und die Umwandlung des IS von einer im Verborgenen wirkenden Untergrundorganisation zu einem lebens- und funktionsfähigen dschihadistischen Staatsprojekt, ein Projekt, das von Stunde an als Staat gewordene Anti-These alle übrigen Staaten in Nahost existenziell bedroht und damit die von Europas Mandatsmäch-

ten ab 1918 geschaffene Ordnung künstlicher Nationalstaaten radikal negiert.

Scheinbar unaufhaltsam expandierte der IS-Staat in Syrien und Irak immer weiter, so dass er Mitte 2015 schon auf die halbe Größe von Deutschland angewachsen war. Danach allerdings musste er Rückschläge hinnehmen. Permanenten und harten Luftschlägen ausgesetzt, die die von den USA angeführte internationale Anti-IS-Allianz gegen ihn führte, wurde der IS allmählich schwächer. Die Luftschläge töteten zahlreiche Führungskader des IS, schnitten ihn von Versorgungswegen ab und zerstörten auch zahlreiche der vom IS zuvor eroberten Öl- und Gasanlagen, was den IS seiner wichtigsten Einnahmequellen beraubte. Sukzessive eroberten irakische Truppen und schiitische Milizen zudem

immer mehr strategisch wichtige Städte zurück, unter ihnen Ramadi, die Hauptstadt der Westprovinz Anbar (Dezember 2015) und schließlich Falludja (Juli 2016), die zweitwichtigste Stadt Anbars.

Die Rückeroberung von einigen Kleinstädten und Dörfern im Umland von Mossul aus der Hand des IS erzeugte bei vielen irakischen und kurdischen IS-Gegnern ungehemmte Siegesgewissheit. Davon ließen sich sogar einige westliche Mitglieder der Anti-IS-Allianz, die bei Konferenzen in Europa schon öffentlich von der totalen Vernichtung im ganzen Irak und Syrien träumten, anstecken. Erstmals seit 2003 breitete sich im Westen Hoffnung aus, dass der Irak nach der Vertreibung des IS wieder zu einem gemeinsamen Nationalstaat aller Iraker zusammenwachsen und seine tiefe konfessionell-ethnische Spaltung überwinden könnte. Fakt ist, dass der Irak spätestens seit dem Erstarren des IS im Sommer 2014 in drei Teilstaaten zerbrach, einen kurdischen (KRG), einen sunnitischen (IS-Kalifat) und einen Rumpfstaat „Schiastan“ mit Bagdad und den ölreichen Südprouvinzen. Vieles spricht dafür, dass sich der erhoffte konstruktive Neustart nach der Mossul-Offensive als eine Chimäre erweisen dürfte, wofür ein historischer Abriss der Jahre seit 2003 reichlich Belege liefert.

### Die US-Invasion und ihre fatalen Folgen

Unter dem Ansturm der überlegenen US-Streitkräfte zerfiel im April 2003 Saddam Husseins im Inneren morsch gewordene Baath-Diktatur wie ein Kartenhaus. Mit dem raschen Sieg hatte die US-Regierung von Georg W. Bush zwar den Krieg gewonnen, doch Frieden brachte sie dem Land nicht. Eher im Ge-

genteil: Die von Bush eingesetzte US-Zivilverwaltung unter Paul Bremer machte kolossale, nicht mehr revidierbare Fehler, an deren zerstörerischen Langzeitfolgen der Irak bis heute leidet und die ihn seither von einer Krise in die nächste taumeln ließen. Der größte war Bremers im Mai 2003 gefasster Beschluss, die Administration von Anhängern der Baath-Partei zu säubern

Die **WIEDERHERSTELLUNG** eines gemeinsamen Nationalstaates Irak scheint eher ungewiss.

und die Streitkräfte aufzulösen. Schlagartig raubte er damit der traditionellen Elite der arabischen Sunniten (20 % der Bevölkerung) die Kontrolle über alle Institutionen mit realer Macht. Als Ergebnis dessen zerbrach die fragile konfessionelle Machtbalance und es entstand ein Machtvakuum. Zahlreiche, anfänglich zur Kooperation mit der neuen Ordnung bereite Sunniten gingen zum bewaffneten, fast rein sunnitischen Aufstand über. Das Vakuum wurde primär durch zwei sich bekämpfende Kräfte gefüllt: Erstens durch die aus dem Exil heimgekehrten oder aus dem Untergrund aufgetauchten schiitischen Oppositionsparteien mit ihren bewaffneten Milizen und zweitens durch die aus dem Ausland eingesickerte sunnitische Dschihadisten-Organisation Al-Qaida im Irak (AQI), dem Vorläufer des IS.

Die von den USA organisierten und überwachten zwei freien Parlaments-

wahlen von 2005 brachten die über Jahrhunderte unterdrückten arabischen Schiiten, die Bevölkerungsmehrheit (ca. 60 %), auf demokratische Weise an die Regierung. Doch kaum hatten die früheren Oppositionsparteien der Schiiten, die Jahrzehnte im iranischen Exil verweilten und 2003 zurückgekehrt waren, die Regierung übernommen, verweigerten sie den Sunniten eine angemessene Beteiligung an der Macht. Getrieben von Angst und Misstrauen grenzten sie die Sunniten stattdessen konsequent politisch aus. Das verbreiterte den Nährboden für die nun immer erbitterter werdenden sunnitisch-schiitischen Konflikte in Staat und Gesellschaft. Und erst diese Konflikte ermöglichten es dem IS-Vorläufer AQI, 2006 durch einen Bombenanschlag auf das Schiitenheiligtum in Samara einen zweijährigen blutigen Bürgerkrieg auszulösen, der 140.000 Tote fordern sollte.

Zwar konnten die USA den AQI mit Hilfe von Truppenverstärkungen bis Ende 2008 zeitweise zurückdrängen und den schiitisch-sunnitischen Religionskrieg damit vorübergehend beenden. Allerdings verdankten sie das vor allem den von ihnen angeworbenen und besoldeten „Erweckungsräten“, vom IS abgefallene sunnitische Stammesmilizen. Verfrüht zogen die USA Ende 2011 ihre Truppen ab. Verfrüht deshalb, weil der Irak weder dauerhaft militärisch befriedet war, noch Strukturen einer funktionierenden Demokratie verankert waren. Noch am Tage des Abzugs des letzten US-Soldaten begann der schiitische Premierminister Nuri al-Maliki die Ausgrenzung der Sunniten zu forcieren. Kurz darauf hob er die Soldzahlungen an die sunnitischen „Erweckungsräte“ auf, zerschlug bis 2014 alle Protestbewegungen der Sunniten und warf ihre de-

mokratischen Politiker ins Gefängnis oder trieb sie ins Exil. Unbeabsichtigt trug Malikis Entmachtung der Sunniten zum Wiedererstarken des sunnitischen Dschihadismus bei. Erst dadurch wurden zahllose ausgegrenzte und wirtschaftlich benachteiligte Sunniten dem IS, dem Nachfolger von AQI, der nach 2011 seine Operationen weitgehend nach Syrien verlegt hatte und nun in den Irak zurückgekehrt war, in die Arme getrieben. Und erst dadurch, dass Millionen Sunniten den IS als Befreier vom Joch der Schiitenregierung in Bagdad begrüßten oder zumindest seine Herrschaft duldeten, wurde der Siegeszug des IS im Westen und Norden des Irak, der mit der Eroberung Mossuls begann und vor den Toren Bagdads endete, ermöglicht.

**Die US-Invasion 2003 im Irak bereitete den **NÄHRBODEN** für die Entwicklung des IS.**

#### **Risse im Lager der Anti-IS-Allianz**

Dass Bagdads Armee und Polizeikräfte die Offensive dominieren, ist kein Zufall, zumal deren Führer erpicht sind, die blamable Niederlage, die ihnen der IS im Juni 2014 zufügte, als 1.500 IS-Dschihadisten Mossul nahezu ohne Gegenwehr eroberten, wieder wett zu machen. 60.000 irakische Soldaten und Polizisten nahmen damals kampfflos Reißaus, ein Fiasko, das zur Auflösung eines Großteils der überwiegend schiitischen Armee des Irak führte und die

mangelnde Professionalität und Korruption ihres Offizierskorps, das fast gänzlich aus Parteigängern des früheren Ministerpräsidenten Maliki bestand, offenkundig machte. Politisch geschwächt durch das Mossul-Debakel musste Maliki sein Amt im August 2014 aufgeben. Sein Nachfolger wurde Haidar al-Abadi, ein farbloser schiitischer Parlamentsabgeordneter und langjähriger politischer Mitstreiter Malikis. Mit Hilfe von US-Militärberatern begann Abadi Anfang 2015 damit, die Armee zu reorganisieren. Die Rückeroberung Mossuls gilt als Lackmustest für Iraks Armee und Polizei, an dem sich ihre verbesserte Professionalität, Disziplin und Kampfstärke erst wird beweisen müssen. Und ob sie, sollte die Rückeroberung Mossuls glücken, dort wirklich die Autorität des irakischen Zentralstaates auch werden durchsetzen können, ist längst nicht ausgemacht.

Dem entgegen steht vor allem der größte Unsicherheitsfaktor in der Mossul-Offensive: die insgesamt auf mehr als 120.000 Mann geschätzten und in diverse Organisationen gegliederten schiitischen Milizen. Der Großteil dieser Schiitenmilizen ist Teil einer Dachorganisation, die erst im Juni 2014 unter dem Namen „Volksmobilisierungskräfte“ (haschd shaabi) ins Leben gerufen wurde, just zu jener Stunde, als sich die Bewohner der Hauptstadt Bagdad nach der partiellen Auflösung der Armee fast schutzlos dem IS ausgeliefert sahen. Angeleitet und befehligt werden die ca. 80.000 Mann starken schiitischen „Volksmobilisierungskräfte“ seither von Offizieren der Revolutionswächtergarden des Iran, also jenem externen Akteur, der das sicherheitspolitische Vakuum nach dem Truppenabzug der USA 2011 füllte und dem Irak damals in der

Stunde größter Not mit Waffenlieferungen und Militärberatern Hilfe leistete. Nur dank der schiitischen „Volksmobilisierungskräfte“ konnte die Angriffswelle des IS vor den Toren Bagdads zum Halten gebracht werden. Danach hatten sie entscheidenden Anteil an der Vertreibung des IS aus anderen sunnitischen Städten, in deren Verlauf es allerdings zu systematischen Übergriffen an der sunnitischen Zivilbevölkerung kam, die die Schiitenmilizen als von IS-Kollaborateuren durchsetzt wähten. Die Folgen waren fatal: Abertausende sunnitische Männer und Jugendlicher wanderten ohne Rechtsgrundlage ins Gefängnis, Hunderte verschwanden spurlos oder wurden extralegal hingerichtet. Dass Bagdads Regierungschef Haidar al-Abadi die Rechtsverstöße und Morde der Schiitenmilizen zwar verbal verurteilt, doch nicht unterbinden kann, zeigt, wie schwach seine Autorität selbst innerhalb der schiitischen Machtelite Bagdads ist.

Ohnehin kommt Abadi unter deren Mitgliedern wegen seiner pro-amerikanischen Haltung nur die Rolle eines Außenseiters zu. Denn anders als er, plädiert die Mehrheit der übrigen schiitisch-islamistischen Parteiführer, die seit 2005 die Regierungen in Bagdad dominieren, für eine enge und einseitige Anbindung an den Iran – traditionell die große Schutzmacht aller Schiiten des Nahen Ostens. Das hat Gründe: Die meisten Schiitenpolitiker verbrachten Jahrzehnte im Exil in Teheran, wo sie zu loyalen Parteigängern des Iran wurden und es auch nach dem Sturz Saddams 2003 und ihrer Rückkehr in den Irak blieben. Ihre unauflösliche Iran-Treue wiederum hat den Irak, zumal nach dem Abzug der US-Truppen 2011, der Amerikas Einfluss drastisch schrumpfen ließ,

zu einem halbabhängigen Klientelstaat des Iran werden lassen. Erst vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum bislang alle Bemühungen Abadis, politische, wirtschaftliche und administrative Reformen durchzusetzen, die Korruption zu bekämpfen und den Sunniten eine fai-

**Der Irak hat sich durch die Annahme iranischer Hilfe gegen den IS in eine enge und einseitige ABHÄNGIGKEIT zu Teheran begeben.**

re Teilhabe an der Macht zu offerieren, scheiterten. Seine innerschiitischen Gegner in Exekutive, Legislative und in den schiitischen Milizen, die das Gewaltmonopol der Regierung unterhöhlen, machten alle Schritte Abadis zunichte.

Immerhin konnte Abadi nach aufreibenden Verhandlungen die Führer der schiitischen Milizen vor der Offensive dazu überreden, die eigentliche Eroberung und Besetzung von Mossul primär der regulären Armee und Polizei zu überlassen. Stattdessen sollen sie sich darauf beschränken, die hinteren Frontabschnitte zu sichern, die Stadt abzuriegeln, den Strom der Flüchtlinge zu lenken und dem IS die Fluchtwege abzuschneiden. Ähnliche Abmachungen hat Abadi auch mit den kurdischen Peshmerga getroffen. Wie belastbar diese Vereinbarungen sind und ob sie genügen, die Sunniten Mossuls vor Gewalt und Willkür marodierender Schiitenmilizen zu schützen und dem zerstörerischen Eindruck der Mossul-Einwohner

entgegen zu treten, Mossuls Sunniten würden der Willkür und Rachsucht „fremder Besatzungsarmeen“ aus Schiiten oder Kurden ausgesetzt, lässt sich kaum vorhersagen. Sollte Abadi nach dem Fall Mossuls die kurdischen Peshmerga und die Schiitenmilizen nicht im Zaum halten können, wären seine Bemühungen, eine von den Sunniten akzeptierte, stabile zivile Ordnung zu errichten und Mossul politisch zu befrieden, zum Scheitern verurteilt. Leicht könnte dadurch ein militärischer Sieg über den IS in eine neue Runde des Konfessionskriegs zwischen Schiiten und Sunniten münden. Insbesondere Racheakte und Massaker von Schiitenmilizionären an vermeintlichen IS-Kollaborateuren könnten dem IS in die Hände arbeiten, ihm erneut Anhänger zutreiben und ihm erlauben, wie Phönix aus der Asche wieder aufzusteigen und erneut zur stärksten Kraft Nordiraks zu werden.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor bei der Mossul-Offensive ist die Türkei unter Präsident Erdogan. Auf Einladung der KRG (Kurdistan Regional Government) in Erbil hat Ankara nur wenige Kilometer nördlich von Mossul einen 400 Mann starken Militärstützpunkt aufgebaut, in dem türkische Offiziere kurdische Militärs ausbilden und in ihrem Kampf gegen den IS unterstützen. Mit den Kurden der KRG unter ihrem Präsidenten Massoud Barzani unterhält Erdogan gute Beziehungen. Ankara unterstützt Erbil nicht nur politisch im Dauerstreit mit Bagdad, sondern durch die Öffnung der Türkei für den Export kurdischen Öls auch wirtschaftlich. Hartnäckig pochte Erdogan darauf, dass türkische Einheiten an der Mossul-Offensive gegen den IS mitwirken sollen, was Bagdad wiederum entschieden

als Verletzung der irakischen Souveränität zurückwies und mit der Androhung militärischer Gegenmaßnahmen quittierte. Zusätzlich kompliziert wird die Lage dadurch, dass sich die Türkei auch als Schutzmacht der Sunniten des Irak versteht. Besonders eng kooperiert Ankara mit einer 4.000 Mann starken sunnitischen Stammesmiliz, genannt Ninawa-Armee, die nach der Vertreibung des IS zur bestimmenden politischen Kraft in Mossul werden will. Der starke Mann hinter der Ninawa-Armee ist Atheel al-Nudschaifi, der an der Spitze der Hadhba, einer säkular-nationalistisch orientierten Parteienallianz, Mossul von 2010 bis 2014 als Gouverneur regierte, aber dann vom IS vertrieben wurde.

Wiederholt verkündeten Erdogan und andere türkische Politiker anlässlich der Mossul-Offensive öffentlich,

**Auch die TÜRKEI erhebt Herrschaftsansprüche auf die Region Mossul und will sich daher an der Offensive beteiligen.**

dass sie die Herrschaftsansprüche der jungen Türkei über die Region Mossul und die dort sowie westlich davon in der Stadt Tall Afar lebenden turksprachigen Turkmenen, die Atatürk erst Mitte der 1920er-Jahre widerwillig aufgab, keineswegs vergessen haben. Klar ist: Ankara wird nichts unversucht lassen, bei einer Verteilung der politischen Beute nach dem Sieg über den IS den sunnitischen Arabern, aber auch den Turkmenen als Schutzmacht beizuspringen. Damit will die Türkei den Herrschaftsansprüchen der irakischen Schiiten und deren schiitischer Schutzmacht auf den sunnitischen Norden und Westen Iraks einen Riegel vorschieben. Von entschei-

dender strategischer Bedeutung ist dabei der Streit um die Kontrolle über Tall Afar, weil von dort aus die Straßenverbindung zwischen Mossul und Raqqa beherrscht wird. Offenkundig haben sich die schiitischen Milizen vorgenommen, bis nach Tall Afar vorzudringen, vorgeblich, um fliehenden IS-Kämpfern den Fluchtweg nach Raqqa abzuschneiden.

Diese Versuche veranlassten bereits die Türkei zu der Warnung, dass bei zukünftigen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung in Tall Afar die türkische Armee ihrerseits eingreifen werde. Errängen die Schiitenmilizen die Herrschaft über Tall Afar, erhalte der Iran die Kontrolle über einen von der iranischen Grenze bis an das syrische Mittelmeer reichenden Landkorridor. Dieser Korridor ist wichtig. Hülfe er doch dem Iran, seinen Verbündeten, das syrische Assad-Regime, noch besser als zuvor mit Waffen, Öl und Hilfstruppen zu beliefern. Kurzum: Ankaras Versuch der Machtexpansion im Norden Iraks fügt sich ein in das Muster einer zunehmend aggressiveren und selbstbewußteren neo-osmanischen Regionalpolitik, die Erdogan sowohl im Irak als auch in Syrien, wo er das vom Iran gestützte Alawiten-Regime Bashar al-Assad stürzen will, verfolgt. Ankaras Ziel ist es, seinen eigenen regionalen Vormachtsanspruch zu fördern und den seines Rivalen Iran in Grenzen zu halten.

**Der IS in Mossul zwischen Vertreibung und Neugruppierung**

Hatten noch zu Beginn der IS-Herrschaft viele Sunniten Mossuls mit ihm sympathisiert, ist die Unterstützerbasis des IS dort inzwischen massiv abgebrockelt. Von den ursprünglich 2 Mio. Einwohnern leben noch ca. 1,5 Mio. in der

Stadt. Die übrigen wurden entweder vertrieben oder flohen aus freien Stücken. Kriegsbedingt eingebrochene Einnahmen schwächten die ohnehin schon marode Infrastruktur und reduzierten die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischer Hilfe. Selbst Soldzahlungen an die IS-Kämpfer gingen drastisch zurück, was deren Kampfmoral und Loyalität untergrub. Wie groß die Unzufriedenheit auch schon unter einigen IS-Kämpfern war, verdeutlichte die Tatsache, dass nur wenige Tage vor Beginn der Mossul-Offensive die IS-Führung Pläne von Meutern in den eigenen Reihen aufdeckte. Zur Abschreckung ließ sie 56 mutmaßliche Aufständische exekutieren.

Gegen eine Rückeroberungsoffensive hatte sich der IS schon zwei Jahre lang gut gerüstet. Durch Schanzen, Tunnel, Gräben und planmäßig in weiten Teilen der Stadt verstreute Minen und Sprengfallen soll der Vormarsch der Gegner erschwert und verlangsamt werden. Zudem begann der IS, zahlreiche Stadtbewohner zusammenzutreiben, die er als menschliche Schutzschilde nutzen will, um Bombenangriffe der US-Luftwaffe zu verhindern. Zur Abwehrtaktik des IS gehören außerdem Entlastungsangriffe hinter den feindlichen Linien, ausgeführt von aktivierten Schläfern, die der IS unter die Flüchtlinge aus den von ihm besetzten Gebieten eingeschuggelt hat. Militärexperten rechnen damit, dass der IS aufgrund der geringen Zahl der eigenen Kämpfer und der Größe der Stadt gezwungen sein wird, den Hauptwiderstand auf die enge, verwinkelte Altstadt und auf dicht besiedelte westliche Stadtviertel zu konzentrieren, zumal ihm letztere Viertel auch die günstigsten Fluchtwege nach Syrien bieten. Aller Voraussicht nach

dürfte sich der IS mit seinen Gegnern verbissene Häuserkämpfe mit großen Verlusten in der Zivilbevölkerung liefern. Internationale Hilfsorganisationen und ihre Partner in der KRG und in Bagdad sind alarmiert. Da sie mit bis zu einer Million Flüchtlingen, für deren Unterbringung und Versorgung bislang nur ungenügende Kapazitäten bereitstehen, rechnen, könnte dem Irak eine humanitäre Katastrophe bevorstehen. Der irakische Staat selbst, der durch den Preisverfall bei Rohöl, das 90 % der Staatseinnahmen erwirtschaftet, unter finanziellen Engpässen leidet und in dessen Administration die ungehemmte Korruption wie ein Krebsgeschwür wuchert, kann diese Aufgabe nicht meistern.

**Der IS ist für den Abwehrkampf in Mossul sowie eine mögliche Niederlage GERÜSTET.**

Und sollte die Offensiv-Strategie Abadis tatsächlich aufgehen und zur Vertreibung des IS aus Mossul führen, wären große Teile der Stadt zerstört und dank schwer zu räumender Sprengfallen für viele Einwohner unbewohnbar gemacht worden. Ob es Bagdad gelänge, den Wiederaufbau der Häuser und der Infrastruktur und die Rückführung der geflohenen Stadtbewohner erfolgreich zu managen, ist eher unwahrscheinlich. Zumindest lassen die Beispiele von Ramadi und Falluja, aus denen während und nach den Kämpfen die meisten Bewohner flohen, nichts Gutes erahnen. In

beiden Städten sind bis dato kaum Fortschritte beim Wiederaufbau oder der Rückführung der mehrere Hunderttausend Geflüchteten erzielt worden. Träfe dies auch für das erheblich größere Mossul zu, käme auf deren sunnitische Bewohner eine Phase jahrelanger Agonie zu.

Augenscheinlich hat der IS schon Vorkehrungen für eine zu erwartende Niederlage in Mossul getroffen. Zahlreiche Kämpfer und Führungskader wurden nicht nur in seine zweite „Hauptstadt“ Raqqa im Osten Syriens verlagert, sondern auch in die IS-Provinz Sirte in Zentrallibyen. Auf dem Weg über den Libanon hatte der IS-Kalif Abu Bakr al-Baghdadi schon Ende 2015 einen seiner beiden Stellvertreter zusammen mit 1.000 Kämpfern nach Libyen entsandt. In Propagandabotschaften rief der IS seine Kämpfer und Sympathisanten auf, sich zur Fortsetzung des Kampfes in die Wüste zurückzuziehen. Tatsächlich hat der IS unter einigen der zahlreichen sunnitisch-arabischen Nomadenstämme in den weiten Wüstensteppen im Westen des Iraks noch loyale Verbündete, was zumindest im Irak seine Umwandlung vom Kalifat-Staat in eine im Guerilla-Krieg erfahrene Untergrundterrorbewegung erleichtern dürfte.

Der IS wird gezwungen sein, dem durch den Fall Mossuls zu erwartenden Ansehensverlust weltweit entgegenzuwirken und diesen zu kompensieren. Dafür wird er erstens seine Filialen im Norden Ägyptens, in Libyen und im Süden Jemens ausbauen und zweitens seine Terroranschläge global verstärken. Zu diesem Zweck dürfte er die Zahl der unter die Flüchtlingsströme geschmuggelten IS-Schläfer so weit wie möglich erhöhen und die vorhandenen Untergrundnetze von Anhängern und Sympathisan-

ten in anderen Staaten des Nahen Ostens, der Türkei und in Europa aktivieren. Mithilfe noch brutalerer Terroranschläge im Westen, insbesondere in Europa, auch in Gestalt sich selbst ermächtigender „einsamer Wölfe“ und aktivier-

**Verstärkter TERROR, vor allem in Europa, soll Islamfeindlichkeit fördern.**

ter Schläfer, dürfte der IS versuchen, die Zahl seiner Anhänger, die zumindest in Europa zuletzt leicht rückläufig war, zu stabilisieren. Dieses Vorgehen entspräche der perfiden Strategie des IS und verspräche ihm optimalen Nutzen. Mit erneuten Terroranschlägen will er eine politische Radikalisierung und nationalistische Aufladung des politischen Klimas in Europa heraufbeschwören. Damit will der IS einer islamfeindlichen Stimmung den Boden bereiten. Denn durch sie, so hofft der IS, werden viele sich marginalisiert fühlende und gerade junge Muslime dazu bewegt, sich einem militanten Islam und damit dem IS und seiner Terrorstrategie zuzuwenden.

### **Kommt nach dem Sieg über den IS der Kampf aller gegen alle?**

Weder Bagdad noch Erbil gaben bisher konkrete Pläne bekannt, wer nach dem Sieg über den IS in Mossul regieren und als unbestrittene Ordnungsmacht wirken soll. Das Schweigen wirft die Frage auf, ob es dazu eine wirklich belastbare Abmachung gibt. Vermutlich nein. Ebenso ungeklärt ist die Frage, wie Bag-

dad die Sunniten durch angemessene Repräsentierung in den Gesamtstaat reintegrieren und damit die in den Bürgerkriegsjahren 2006 bis 2008 endgültig zerbrochene nationale Einheit erneuern will. Ob der Bagdader Rumpfstaat „Schiastan“, dessen Regierung schwach und innerlich zerstritten ist, Mossul tatsächlich stabilisieren kann, muss bezweifelt werden.

Es steht zu befürchten, dass am Tage nach dem Sieg über den IS die bislang verdeckten Interessensgegensätze innerhalb der Anti-IS-Allianz zu offenen Konflikten führen werden, sei es der zwischen der Kurdenregierung in Erbil und Bagdads Schiitenregierung, der zwischen der Bagdader Schiitenregierung und der Türkei oder der zwischen Bagdads Schiitenregierung und den um Ex-Gouverneur Nudschaifi gesammelten sunnitischen Gegnern des IS. Schlimmer noch: Da Mossul als Hauptstadt der irakischen Sunniten gilt, werden unter diesen am Tage danach alte Rechnungen beglichen und neue aufgemacht werden. Das erhöht die Gefahr, dass neue Zerwürfnisse und Kämpfe unter den Sunniten entstehen, insbesondere zwischen Anhängern und Feinden des IS. Es drohen Chaos und eine konfliktträchtige Gemengelage in Gestalt eines Kampfes aller gegen alle.

Zweifellos wird wohl die Hauptkonfliktlinie zwischen Bagdad und der KRG in Erbil verlaufen, insbesondere dann, wenn die Kurden nach einem Sieg über den IS sich weigern werden, ihre territoriale Beute in und um Mossul an Bagdad abzutreten. Eine Weigerung würde den alten Disput mit Bagdad über die „umstrittenen Gebiete“ im Norden des Landes erneut anfachen. Zur Erinnerung: Die irakischen Kurden-Peshmerga hatten diese an die kurdische Autonomiere-

gion angrenzenden Regionen, in denen während der Baath-Diktatur gezielt Kurden vertrieben und Araber angesiedelt wurden, 2003 kurzerhand besetzt, um Fakten zu schaffen. Dazu gehörten auch weite, mehrheitlich von Kurden bewohnte Teile von Ninawa um Mossul herum, die die Kurden bis 2010 beherrschten. Die Kontrolle über diese Gebiete und die gerechte Verteilung der Staatseinnahmen aus den gesamtirakischen Ölfeldern blieben auch nach 2005 die größten Zankäpfel zwischen Bagdad und Erbil. Der Hauptstreit drehte sich um die öl- und gasreichen Regionen um

**Nach einem möglichen Sieg über den IS werden die INTERESSENSGEGENSÄTZE innerhalb der Anti-IS-Allianz zu neuen Konflikten führen.**

Kirkuk. In einem Handstreich konnten die Kurden im Juli 2014, als die irakische Nationalarmee vor dem IS geflohen war, auch diese Gebiete besetzen und damit das Territorium der KRG um 40% vergrößern. Die Frage, wem Kirkuk gehört, ist bis heute nicht einvernehmlich zwischen Bagdad und Erbil geklärt. Nach der Befreiung Mossuls dürfte die Kirkuk-Frage zusammen mit der Frage, wem die von Kurden besetzten Gebiete in und um Mossul nun gehören, über kurz oder lang den Casus Belli für eine direkte militärische Eskalation zwischen Bagdad und Erbil schaffen.

Für sein politisches Überleben braucht Ministerpräsident Abadis einen Erfolg bei der Mossul-Offensive. Sollte es ihm misslingen, die schiitischen Milizen zu zähmen, die Sunniten Mossuls zu befrieden und die kurdischen und türkischen Machtambitionen zu verei-



Buchta, Wilfried: Die Strenggläubigen. Fundamentalismus und die Zukunft der islamischen Welt. Berlin: Hanser Verlag 2016, 240 Seiten, € 20,00.

Der militante Islamismus, der den Weltfrieden bedroht, hat seine Gestalt nicht erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten gewonnen. Seine moderne Geburtsstunde schlug 1979 im Iran und in Saudi-Arabien. Wilfried Buchta zeichnet seine Entwicklung und sein Wesen in einem dichten, illusionlosen Essay nach. Und zeigt, warum seine Folgen vor allem für die islamische Welt so verheerend sind.

teln, wird ihn ein pro-iranischer, schiitischer Hardliner in Bagdads Staatseelite vermutlich bald im Amt ablösen. Aber letztlich ist es unerheblich, wer am „Tag danach“ Bagdads Amtsgeschäfte leitet. Denn jeder Amtsinhaber wird mit unheimlich zahlreichem konfessionell-ethnischen Dauerkonflikten und schier unlöslichen sozialen und wirtschaftlichen Problemen ringen müssen. Verschärft werden viele dieser Probleme durch das enorm große Bevölkerungswachstum des Irak, das mit 2,9 % das neuntgrößte der Welt ist. Iraks Bevölkerung hat sich von 1991 (18 Mio.) bis 2016 (38 Mio.) mehr als verdoppelt. Iraks extrem junge Bevölkerung (60 % sind unter 25 Jahre alt) ist wegen fehlender Arbeitsplätze und Ausbildungschancen und einer unausrottlichen Korruption in Staat und Verwaltung zunehmend desillusioniert und perspektivlos geworden. So verwundert es nicht, dass viele Jugendliche ihr Heil entweder im Söldnerkriegshandwerk der Milizen oder in der Flucht nach Europa suchen. Dass sich dieser unheilbringende Trend nach der Mossul-Offensive, ganz gleich wie sie ausgeht, rasch umkehren ließe, ist ein Wunschtraum. ///



### /// DR. WILFRIED BUCHTA

ist Islamwissenschaftler und arbeitete als politischer Chefanalyst von 2005 bis 2011 für die Irak-Friedensmission der UNO (UNAMI) in Bagdad. Er ist Nahost-Publizist in Berlin.